No. 309. — 56. Jahrgang.

Sonnabend, 4. Juli 1908

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25
einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts
bei Bezug durch die Post:
monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40
einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzstr. 41, Kottbuserstr. 1, Sonauerstr. 20, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Auguststraße 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstraße 27 (am Weddingplatz), Königstr. 56/57, Raihenowerstr. 3, Potsdamerstr. 38, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 142, Blücherstr. 69 (Ecke Johannistisch), Rixdorf, Kranzdorferstraße 33/34 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Kaiserstr. 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 18b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, König-Chaussee 61b.

Chefs-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Hierzu die Illustrierte Sonntagsbeilage Nr. 27.

Auf der Steuerjagd.

Die Reichsregierung hüllt ihre Steuerpläne in den Mantel des Geheimnisses. Der bayerische Finanzminister erklärte im Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer am 23. Juni, ihm seien die Vorschläge des Reichsschatzsekretärs zugegangen, diese seien aber vertraulich, er dürfe daher nicht darüber sprechen. Das mag gelten, so lange die Steuerpläne noch keine bestimmte Form angenommen haben, es muß aber mit Bestimmtheit die Erwartung ausgesprochen werden, daß danach diese unzeitgemäße Geheimniskrämerei aufhört. In einer solchen Frage, die die Allgemeinheit in unmittelbarster Weise berührt, hat die öffentliche Meinung ein unbedingtes Recht, gleichfalls gehört zu werden.

Immerhin ist, vielleicht gegen den Willen des Finanzministers, ein Zipfel des Schleiers schon gelüftet worden. Es steht ziemlich fest, daß der Branntwein ein Hauptobjekt der neuen Besteuerung sein wird und zwar mit dem Ziele, allmählich zu einem Monopol des Reiches zu kommen. Ebenso wird die Tabaksteuer, die im Jahre 1906 abgelehnt wurde, wiederkommen. Ferner besteht die Absicht, die verschiedenen Formen der Reklame in Gestalt von Inseratenreklamesteuern und dergleichen dem Reichsfiskus dienstbar zu machen. Neu sind die Pläne zur Belastung des Verbrauchs an Elektrizität und Gas, die namentlich hinsichtlich der Elektrizität mit ziemlicher Bestimmtheit zu erwarten sind. Auch die Quittungssteuer sowie weitere Beschwerungen des Postverkehrs sollen in dem Steuerbukett enthalten sein. Dagegen ist es von direkten Reichssteuern merkwürdig still geworden, und unter den diskreten Andeutungen über die Pläne der Regierung vermißt man diese Note vollständig. Schon jetzt steht aber fest, daß alle schönen Entwürfe unerfüllt bleiben, wenn nicht der Hauptanteil der Reform von den leistungsfähigen Schultern übernommen wird.

Alle diese Steuern stellen sich als eine Besteuerung der Intelligenz, des Fortschritts auf allen Gebieten der Industrie und Technik, des Verkehrs dar. Das ist der Grund, warum sie der Reaktion so willkommen sind. Man schlägt da zwei Fliegen mit einer Klappe; das reaktionäre Agrarertum hält jede neue reale Belastung von den eigenen werten Schultern fern, und man fördert gleichzeitig seine politischen Zwecke. Mit der Inseratensteuer will man die gegnerische, die unabhängige Presse wirtschaftlich schädigen und zum Teil ihr das Lebenslicht ausblasen. Hiergegen muß der schärfste Protest erhoben werden. Die Quittungssteuer, die einen weiteren Ausbau des Stempelsteuergesetzes bedeutet, würde gerade den Geschäftsverkehr des „kleinen Mannes" empfindlich belasten. Der Postverkehr hat seit der Erdrosselung der Privatposten und unter dem bureaukratischen Regime des Herrn Krätke ständig Rückschritte gemacht; was soll man nun von einer Regierung denken, die diesen Verkehr noch weiter beschweren, das heißt als Steuerquelle sich dienstbar machen will? Jedes Verkehrsmittel muß sich frei und ungehindert entwickeln können, sonst erfüllt es nicht seinen Zweck; im Deutschen Reiche wird aber eins nach dem andern in spanische Stiefel geschnürt. Was soll man schließlich zu den Steuerattentaten auf Gas und Elektrizität, unsere beiden bedeutendsten Licht- und Kraftquellen sagen? Ahnen die Steuererfinder nicht, was für Verwüstungen diese Steuern im wirtschaftlichen Leben anrichten müssen? Gaskraft und elektrische Kraft haben es gerade dem mittleren und kleinen Handwerks- und Gewerbetreibenden ermöglicht, endlich vom Handbetriebe zum mechanischen Betriebe überzugehen. Er ringt schwer unter dem Drucke der agrarischen Wirtschaftspolitik um seine Existenz, schwerer als je. Und dann will man ihn obenein mit einer der ungerechtesten Steuern belasten, die es gibt! Will die Regierung mit Gewalt das Volk zum Kienspahn und zum Handbetriebe zurücktreiben, es in die vielgepriesenen Zeiten mittelalterlicher Romantik zurückzwingen?

Wieder und immer wieder haben wir darauf hingewiesen, daß es so nicht weiter gehen kann, daß ein Ende gemacht werden muß mit der Entstellung immer neuer indirekter Steuern. Die Regierung kommt auf die Dauer nicht um die Einführung direkter Reichssteuern herum; sie muß sich mit dem Gedanken einer Reichsvermögens-, einer Reichseinkommensteuer befreunden, durch die die potenten Schultern nach gerechtem Maßstabe herangezogen werden. Was soll denn schließlich noch alles an Lebensbedürfnissen besteuert werden? Will man es wirklich soweit treiben, daß jeder Trunk Wasser, jeder Luftzug verzinst werden muß? Weit sind wir von diesem letzten Ende nicht mehr entfernt.

Der Reichstag darf dieses System nicht mehr mitmachen. Die „Frankf. Ztg." berichtigt jetzt ihre von uns im vorgestrigen Abendblatt übernommene Mitteilung dahin, daß die Führer der Parteien im Reichstage sich geeinigt hätten, nicht Anleihen, aber wohl mehrere Hundert Millionen Einnahmen zu bewilligen. Daß diese Einnahmen wieder in der ungerechtesten Weise auf die wirtschaftlich Schwachen abgewälzt werden, das dürfen die nicht agrarischen Abgeordneten unter keinen Umständen zulassen, und das deutsche Volk wird und muß sich gegen die ihm zugedachte Auspowerung wehren.

Eine Ortsgruppe Frankfurt am Main

der Demokratischen Vereinigung ist begründet worden. Uns wird aus Frankfurt berichtet: Am Mittwoch, 1. Juli cr. fand sich in der „Stadt Ulm" eine Anzahl Mitglieder der Demokratischen Vereinigung zwecks Konstituierung einer Ortsgruppe zusammen. Nach längerer Aussprache wurde bis zur endgültigen Konstituierung ein provisorischer Vorstand gewählt.

Lernt von Amerika!

Mit der Einführung der allgemeinen Volksschule wird der Einfluß der Schule auf das geistige Leben des Volkes erhöht, wird das Interesse an ihrem Wohlergehen allgemeiner. Von den Freunden der Einheitsschule wird das immer und immer wieder behauptet und mit immer neuen Gründen belegt, von ihren einflußreichen Gegnern aber wird es ebenso oft als unzutreffend zurückgewiesen. Amerika zeigt, daß die Wahrheit bei den Vertretern der allgemeinen Volksschule liegt. Die amerikanische Volksschule ist tatsächlich der Unterbau für alle anderen Schulen. Wer eine höhere Schule besuchen will, muß zuvor alle Stufen der Volksschule durchlaufen haben. Vorschulen für höhere Schulen gibt es dort nicht, Privatschulen, die ja angeblich nach der Durchführung der gemeinsamen Volksschule wie Pilze nach einem Sommerregen emporschießen sollen, im Verhältnis sehr wenig. Eine Trennung der Kinder nach dem Stande ihrer Eltern ist der amerikanischen Volksschule ebenso fremd, wie die Absonderung nach dem religiösen Bekenntnis. Die reichen und hochgestellten Amerikaner weisen ihre Kinder nur in Ausnahmefällen einer Privatschule zu und halten einen eigenen Hauslehrer in der Regel nur dann, wenn keine Volksschule am Orte ist. So besuchten und besuchen Roosevelts die öffentliche Volksschule Washingtons, und man hat nicht gehört, daß sie an Geist oder Charakter Schaden genommen hätten.

Und die Folgen dieser Erweiterung der Volksschule zur allgemeinen Bildungsstätte für alle gesellschaftlichen Schichten der Bevölkerung? Dr. F. Kuypers-Köln schildert sie nach den Eindrücken, die er bei einem mehrwöchigen Aufenthalt in Amerika gewonnen hat. „Darum hat die amerikanische Volksschule auch einen allgemeineren und tiefergehenden Einfluß auf das gesamte Geistesleben des Volkes als die unsere; sie liegt darum dem Amerikaner so sehr am Herzen, daß er sich mit wirklicher persönlicher Teilnahme um sie kümmert. Schulfragen werden nicht bloß durch die Tätigkeit von Schulbeamten erledigt, sondern in Versammlungen und Zeitungen ohne Berufscharakter erörtert als das beliebteste öffentliche Thema."

Bei uns ist das Interesse der Eltern an der Schule mehr oder weniger ein privates Interesse des einzelnen für seine Kinder, für deren Behandlung und Förderung; dort aber ist das Einzelinteresse des Laien zu einem öffentlichen geworden. Vielleicht wenden nun die, die sich für ihre Empfehlung einer vermehrten Anstellung von Lehrerinnen im Volksschuldienste so gern auf Amerika berufen, ihre Aufmerksamkeit auch einmal dieser Seite des amerikanischen Volksschulwesens zu. Sie würden dann wenigstens eine der Lichtseiten betrachten. Der fast völlige Mangel an männlichen Lehrkräften wird nämlich auch in Amerika schon längst als bedauerlich und der Abhilfe dringend bedürftig empfunden, der allgemeine Charakter der Volksschule aber wird unterschiedslos als unantastbares Gut geschätzt.

Admiralszank

und Flottenmanöver.

Aus London meldet ein Telegramm:

Der Skandal der Feindseligkeiten unter den Admirälen nimmt Dimensionen an, daß man für die Disziplin der Flotte überhaupt ernstlich fürchtet. Die Offiziere nehmen für oder gegen den einen oder anderen Admiral Partei, und es kommt vor der Mannschaft zu ungehörigen Auseinandersetzungen. Am 22. Juni fand, wie jetzt bekannt wird, an Bord von Lord Beresfords Flaggschiff ein aus diesen Verhältnissen erwachsener Streit zwischen einem Offizier des Stabes und einem anderen statt, so daß der Admiral selbst einschreiten mußte. Schon werden Stimmen laut, die energische Abhilfe seitens der Admiralität verlangen. Diese scheint sich aber vor Disziplinarmaßregeln zu fürchten, da jeder der Betroffenen eine Untersuchung durch ein Kriegsgericht verlangen könnte und dadurch der Skandal nur noch größer werden würde.

Die Streitkräfte bei den geheimen Flottenmanövern in der Nordsee werden folgendermaßen verteilt sein: Die Kanalflotte unter Admiral Lord Charles Beresford ist jetzt auf dem Wege nach der Albert-Bucht im Kattegat, um Kohlen einzunehmen. Sie besteht aus vierzehn Schlachtschiffen, sechs gepanzerten Kreuzern, sechs Kreuzern und Rekognoszierungsbooten und dreißig Torpedojägern mit einigen anderen Fahrzeugen. Diese Flotte erhält vielleicht Verstärkung von mobilisierten Schiffen. Bei den Operationen stellt die Kanalflotte eine feindliche, England angreifende Flotte dar. Die von Vizeadmiral Sir Francis Bridgeman kommandierte Heimatflotte mit einem Teil der Atlantischen Flotte wird aus 15 Kriegsschiffen, 18 gepanzerten Kreuzern und 20 anderen Kreuzern sowie 200 Torpedo- und anderen Fahrzeugen bestehen, sofern nicht von ihr Schiffe für die Kanalflotte detachiert werden. Dieses Geschwader wird bei den Manövern die britische Flotte repräsentieren, und seine Basis wird Rosyth sein, wohin es nächste Woche von seinem gegenwärtigen Sammelpunkt Deal aus aufbricht.

Lehrer und Ortsschulinspektor — als Wähler.

Unter der Spitzmarke „Zweierlei Maß" erzählt die „Päd. Ztg." aus Westpreußen folgende Wahlgeschichte:

Der Lehrer P. in N. hat es aus irgendeinem Grunde unterlassen, bei der Landtagswahl seine Stimme abzugeben. Ob dieser Unterlassungssünde wird er von seiner zuständige Behörde zitiert, und es wird ihm in recht eindringlicher Weise eröffnet, daß für den Deutschen nicht nur ein Wahlrecht, sondern auch eine Wahlpflicht bestehe, zumal in einem Wahlkreise, wo es darauf ankommt, den polnischen Kandidaten zu bekämpfen. Der geistliche Berater des also Gemaßregelten ist diesem mit gutem Beispiel vorangegangen. Pünktlich erscheint er am Wahltische, an dem auch der Landrat, nicht bloß als Mitglied der Wahlkommission, sondern auch als „Wahlmann" für die Abteilung des Herrn Pfarrers sitzt, und wählt — den Polen.

Der Ortsschulinspektor hatte selbstverständlich das unbestrittene Recht, nach seiner politischen Ueberzeugung zu wählen, und es wäre durchaus ungehörig gewesen, hätte ihn die Regierung wegen der Ausübung dieses Rechtes gemaßregelt. Aber ebenso wenig war sie berechtigt, den Lehrer wegen seiner Wahlenthaltung zu rüffeln. Es gibt keine Wahlpflicht.

Stockprügel auf den Magen.

Die vielgerühmte politische Neutralität der Kriegervereine verfagt nicht nur regelmäßig gegen die Sozialdemokratie, sondern auch bisweilen gegen die Freisinnigen. Der bisherige freikonservative Landtagsabgeordnete für Hirschberg, Herr Baensch-Schmidtlein, der zugleich Vorsitzender des dortigen Kreiskriegerverbandes ist, hat sich ungemein über seinen Mißerfolg und den Sieg der Freisinnigen gekränkt. Weh dem, der es vielleicht mit dem Freisinn gehalten haben könnte, wer nur im Verdacht des Freisinns und der Freisinnsfreundschaft steht. Die „Lib. Korr." berichtet: Ein alter Soldat, der von 64, 66 und 70 erzählen kann, kommt zu ihm und möchte eine Unterstützung beantragen. „Woher sind Sie?" „Aus Giersdorf." „Dann gehen Sie nur nach Hause; dann tue ich nichts für Sie!" — Was ist mit Giersdorf, was für ein Fluch hängt an der Gemeinde? Sie hat keinen einzigen konservativen, dagegen volle fünf liberale Wahlmänner durchgebracht. Der alte Mann konnte ruhig sagen, das habe doch schließlich nichts mit seinem Gesuch zu tun: vergebens, Giersdorf hat liberal gewählt, und Strafe muß sein — wenn sie auch vom Kreiskriegerverbandsvorsitzenden an einem Veteranen exekutiert werden muß!

Eine Ovation für den Grafen Zeppelin

veranstaltete gestern die Zweite württembergische Kammer. Der Präsident des Hauses, v. Payer, erklärte in der Sitzung:

Mit größtem Interesse hat das Haus in den letzten Tagen die Erfolge des letzten Aufstiegs des Grafen Zeppelin vernommen. (Bravo!) Ich weiß, daß ich im Namen dieses Hauses handle, wenn ich einer Anregung des Abgeordneten Haußmann und elf weiterer Mitglieder dieses Hauses folge, mir vom Hause die Ermächtigung zu erbitten, dem Grafen Zeppelin zu der bahnbrechenden Lösung des großartigen Problems der Durchsteuerung der Luft den Glückwunsch und Dank des Hauses zu übermitteln. (Bravo!) Ich danke für die Ermächtigung, die die Herren mir erteilt, und werde sofort das Erforderliche einleiten.

Im weiteren Verlaufe der Beratung über die Interpellation bezüglich der Arbeitskammern wurde ein sozialdemokratischer Antrag, wonach in dem Reichsgesetzentwurf eine geeignete Grundlage für die Schaffung einer gesetzlichen Vertretung der Arbeiter zur gewrbneten Geltendmachung ihrer Interessen nicht erblickt wird, mit 39 gegen 14 Stimmen bei 21 Stimmenthaltungen angenommen.

500 Mark Schmiergeld.

Uns wird berichtet:

Der Aufsichtsrat der Maschinenfabrik Augsburg hat ein neues Mittel ausfindig gemacht, um das Koalitionsrecht der Beamten dieser Maschinenfabrik zu untergraben.

Er faßte in seiner letzten Sitzung folgenden Beschluß:

„Jedem kaufmännischen Beamten, der aus seiner Organisation ausscheidet, wird ein „Geschenk" in Höhe von 500 Mark überwiesen."

Hoffentlich findet sich kein Beamter, der sein Koalitionsrecht für 500 Silberlinge verkauft.

Eine Kindergenossenschaft

zum Zwecke der Pflanzenpflege und Hebung der Natur- und Lebensfreude ist in der Provinz Schleswig-Holstein gegründet worden. Sie hat in Reinfeld (Ostholstein) ihren Sitz; ihr Wirkungskreis dehnt sich auch auf die Gemeindebezirke Steinfeld und Neuhof aus. Die Kinder sollen mit Unterstützung Erwachsener angehalten werden, Obstbäume usw. auf geeigneten Plätzen und an Straßen zu pflanzen und zu pflegen. Der Ertrag ist zu gemeinsamen kleineren und größeren Ausflügen, Musikpflege und Bücheranschaffungen für die gemeinschaftliche Bibliothek bestimmt; auch sollen davon die Kosten gemeinsamer festlicher Veranstaltungen bestritten werden. Die Kindergenossenschaft erwirbt die Rechte eines eingetragenen Vereins, damit sie in der Lage ist, Schenkungen und Vermächtnisse von Kinderfreunden anzunehmen und zu verwalten. Die Selbstverwaltung gemeinsamer Angelegenheiten, die Erziehung zum Gemeinsinn, die Freude an eigener Tatkraft, an Natur und Kunst wird durch eine solche Vereinigung dem Kinde unbedingt in hervorragender Weise angeregt. Der dieser Veranstaltung zugrunde liegende Gedanke, schon die Kinder im und zum genossenschaftlichen Geiste zu erziehen, ist so originell und bedeutsam, daß er allseitige Beachtung verdient.

Bureaukratie und kein Ende.

Jugendfürsorgeausschüsse nach dem westfälischen Muster (Hamm) werden in der letzten Fürsorgestatistik als vorbildlich hingestellt; ob sie das wirklich in jeder Hinsicht sind, erscheint aber bei näherem Zusehen doch ziemlich fraglich. Die beigefügten Satzungen lassen leider einen stark bureaukratischen Zug erkennen, der unmöglich der Sache förderlich sein kann. Vorsitzender des Ausschusses soll der Bürgermeister oder derjenige Beigeordnete sein, der die Waisenratssachen zu bearbeiten hat; da kann man sich der Befürchtung nicht erwehren, daß die Kostenfrage bei der Entscheidung mehr ins Gewicht fällt, als im Interesse der Sache wünschenswert erscheint. Ferner sollen dem Ausschuß als stimmberechtigte